

Kroatischer Presseverein
Kroatischer Akademikerklub
Burgenländisch-Kroatischer Kulturverein in Wien

C/o
Gradiscansko-hrvatski Centar
Burgenländisch-kroatisches Zentrum
Schwindgasse 14/4
A-1040 Wien

Parlamentsdirektion
via e-mail

Betrifft: Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes mit der
das Bundes-Verfassungsgesetz geändert wird (Staatszielbestimmung
Volksgruppen)

Sehr geehrter Herr Präsident!

In der Anlage übermitteln die unterfertigten Organisationen die
Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes, mit dem das
Bundes-Verfassungsgesetz geändert werden soll (Staatszielbestimmung
Volksgruppen) zur gefälligen Kenntnisnahme. Eine Druckversion haben Sie
bereits erhalten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Manfred CSENAR
(i. A. der unterfertigten Organisationen)

Stellungnahme

zum Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes,
mit der das Bundes-Verfassungsgesetz geändert wird (**Staatszielbestimmung Volksgruppen**)

Das Bundeskanzleramt hat am 4. April einen Entwurf für eine Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes zur Begutachtung ausgesandt. Mit diesem Entwurf soll laut Bundeskanzleramt eine Staatszielbestimmung zu Volksgruppen im Verfassungsrang eingeführt werden, andererseits sollen die Rechtsgarantien des Artikel 19 Staatsgrundgesetz 1867 für Volksgruppen aufgehoben werden.

Dazu ist wie folgt Stellung zu nehmen.

- a) **Die unterfertigten Organisationen lehnen den Vorschlag hinsichtlich einer Staatszielbestimmung in der gegenständigen Formulierung als ungenügend ab.**

Stattdessen wird angeregt, eine tatsächliche Staatszielbestimmung einzuführen, die ein Ziel und einen Auftrag des Verfassungsgesetzgebers enthält, in Hinkunft den Volksgruppenschutz als eines der Staatsziele zum Maßstab für die einfache Gesetzgebung und die Verwaltung im Bereich der Volksgruppen zu erklären.

- b) **Ersatzlos abgelehnt wird der Vorschlag des Bundeskanzleramtes, Minderheitenschutzbestimmungen des Artikel 19 aus dem Grundrechtskatalog des Staatsgrundgesetzes 1867 zu streichen.**

Begründung

- a) **zur Staatszielbestimmung**

Grundsätzliches

Der als „Staatszielbestimmung“ bezeichnete Vorschlag des Bundeskanzleramtes enthält in Wahrheit keine Staatszielbestimmung. Der Entwurf beschränkt sich auf den lapidaren Satz „Die Republik Österreich (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich zu ihren Volksgruppen und deren historisch gewachsener sprachlicher und kultureller Vielfalt.“

Dieser Satz stellt zwar ein Bekenntnis der Republik zu ihren Volksgruppen dar, enthält aber weder eine Zielvorgabe noch ein aktives Bekenntnis zum Minderheitensschutz oder einen Auftrag zur Förderung der Minderheitensprachen und Kulturen. Daher kann nicht von einer Zielbestimmung die Rede sein, wie sie im gemeinsamen „Memorandum der sechs anerkannten Volksgruppen an die Bundesregierung“ 1997 gefordert worden war.

Vergleichbare Staatszielbestimmungen

Ein Vergleich mit bestehenden Staatszielbestimmungen im Verfassungsrang erhellt die Defizite des Entwurfs.

So lautet Art. 7 Abs. 2 B-VG (Gleichstellung von Mann und Frau): *„Der Bund, Länder und Gemeinden bekennen sich zur tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau“*, und nicht etwa „zur Gleichheit von Mann und Frau“. Erst das Bekenntnis zur Gleichstellung enthält den aktiven Auftrag des Verfassungsgesetzgebers und ein klares Ziel, die eine Staatszielbestimmung ausmachen.

Ähnlich formuliert ist die Staatszielbestimmung zum Umweltschutz (BGBl 1984/491): *„Die Republik Österreich (Bund, Länder, Gemeinden) bekennt sich zum umfassenden Umweltschutz“*, und nicht etwa „Österreich bekennt sich zur Umwelt“. Weiters wird ausgeführt: *„Umfassender Umweltschutz ist die Bewahrung der natürlichen Umwelt als Lebensgrundlage des Menschen vor schädlichen Einwirkungen. Der Umfassende Umweltschutz besteht insbesondere in Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft, des Wassers und des Bodens sowie zur Vermeidung von Störungen durch Lärm.“* Auch diese Staatszielbestimmung ist nur deshalb als Zielbestimmung zu bezeichnen, weil der Schutz als aktive Verpflichtung und als Ziel definiert sind und in weiterer Ausführung bestimmte Maßnahmen zur Erreichung eben dieses Zieles genannt sind.

Ähnlich formuliert ist die 1997 ins B-VG eingeführte Staatszielbestimmung mit dem *„Bekenntnis zur Gleichbehandlung“* von Behinderten und Nichtbehinderten, nicht bloß zur „Gleichheit“. Auch hier ist ein klarer Auftrag zum Handeln ersichtlich.

Grundlagen des Memorandums der österreichischen Volksgruppen

Im Memorandum der österreichischen Volksgruppen 1997, auf das sich auch der Entwurf des Bundeskanzleramtes ausdrücklich bezieht, wird eine Staatszielbestimmung nach dem Vorbild der Staatszielbestimmung zum Umweltschutz (siehe oben) eingefordert. Zur Erläuterung führt das Memorandum aus: *„darunter versteht man, daß sich die staatlichen Entscheidungsträger über ein wichtiges Ziel der Politik verständigen und auf der Grundlage eines breiten Konsenses für dessen Verwirklichung eintreten. Obwohl das Hauptgewicht einer solchen Staatszielbestimmung im Politischen liegt, käme ihr als (politischem) Gestaltungs - und Verwirklichungsauftrag auch in rechtlicher Hinsicht Bedeutung zu. Überdies wäre eine derartige Zielbestimmung zugleich ein Bekenntnis zur spezifisch österreichischen Identität, die ihre Wurzeln auch in der sprachlichen und kulturellen Vielfalt der Österreichisch – Ungarischen Monarchie hat.“*

Auch das Memorandum geht eindeutig von der Definition eines Zieles und Auftrages in einer Staatszielbestimmung aus und beschränkt sich nicht mit einer lapidaren Feststellung „Österreich bekennt sich zu seinen Volksgruppen“.

Des weiteren ist festzuhalten, daß das Memorandum im Sinne seines integrativen Ansatzes ausdrücklich davon spricht, daß sich die Republik Österreich zu seiner Vielfalt bekennen möge. Es geht also um die Vielfalt der Republik, deren integrativer Bestandteil die Volksgruppen, deren Sprachen und Kulturen sind, nicht aber, wie im Entwurf des Bundeskanzleramtes zum Ausdruck gebracht, um Österreich auf der einen Seite und die Vielfalt der Volksgruppen auf der anderen Seite.

Textvorschlag für eine Staatszielbestimmung:

Um auch im Bereich der Volksgruppen von einer Staatszielbestimmung, insbesondere von einer Staatszielbestimmung entsprechend dem Memorandum der Volksgruppen sprechen zu können, ist daher eine Formulierung mit folgendem Wortlaut zu beschließen:

„Die Republik Österreich (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich zu ihren Volksgruppen und ihrer historisch gewachsenen sprachlichen und kulturellen Vielfalt. Diese kulturelle Vielfalt Österreichs ist zu achten, zu bewahren, zu fördern und zu schützen.“

b) zur Streichung des Artikel 19 Staatsgrundgesetz

Das Bundeskanzleramt schlägt vor, Artikel 19 Staatsgrundgesetz zu streichen und begründet das damit, dass dessen Geltung strittig sei und dass die vorgeschlagenen Staatszielbestimmung „einen adäquaten Ersatz für allenfalls in Geltung verbliebene Teile des Artikel 19 StGG“ darstelle.

Dieser Vorschlag wird abgelehnt und ist ersatzlos aus dem Entwurf zu streichen.

Zur Begründung: Das Staatsgrundgesetz stammt aus dem Jahre 1867 und stellt den Grundrechtskatalog der K. u. K Monarchie dar. Mangels anderer Einigung der politischen Parteien der 1. Republik wurde dieser Grundrechtskatalog in der Republik Österreich "weiterverwendet" (Art. 149 B-VG) und stellt noch immer (neben der Europäischen Menschenrechtskonvention) eine der wichtigsten Rechtsquellen für verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte (Grundrechte) dar.

Staatsgrundgesetz vom 21. 12. 1867, (StGG, RGBL. 142/1867):

Artikel 19:

- 1. Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache.*
- 2. Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staate anerkannt.*
- 3. In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet werden, daß ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält.*

In weiterer Folge wurden die Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes 1867 durch jüngere Minderheitenschutzbestimmungen, insbesondere in den Staatsverträgen von St. Germain (1921) und Wien (1955) überlagert. Manche Schutzbestimmungen wurden an die geänderten Umstände adaptiert, manche konkretisiert. In der wissenschaftlichen Diskussion wurde daraufhin die Frage gestellt, ob damit die alten Bestimmungen aus der Monarchie etwa inhaltlich durch jüngere Bestimmungen verdrängt worden seien. Es gibt einige Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes, die sowohl für als auch gegen die Fortgeltung des Artikel 19 Staatsgrundgesetz argumentieren. (vgl. VfGH Slg 2459/1952, 3509/1959, 4221/1962 und

9224/1981) sowie Ermacora, Handbuch, 1963, 531 f.).

A.o. Univ.-Prof. Dr. Dieter Kolonovits weist in seiner Habilitationsschrift (Sprachenrecht in Österreich, Wien 1999) allerdings nach, daß entgegen mancher Lehrmeinungen dem Artikel 19 Staatsgrundgesetz nicht durch nachfolgendes Verfassungsrecht, insbesondere nicht durch Art 7 Staatsvertrag von Wien derogiert wurde. Nach Kolonovits treffen zwar Art 19 StGG und Art 7 StV v Wien teilweise überlappende Regelungen. Da es in beiden Fällen um Minderheitenschutzbestimmungen geht, sei aber durch Auslegung im einzelnen Fall zu ermitteln, welche Norm die günstigere sei. In jenem Bereich, in dem Art 19 StGG die für die Minderheit jeweils günstigere Norm enthält, ist Art 19 weiterhin gültig.

Es ist daher davon auszugehen, daß Artikel 19 Staatsgrundgesetz nach wie vor zumindest in Teilen anwendbar ist. Artikel 19 definiert ausdrücklich subjektive Rechte im Bereich des Minderheitenschutzes, die nicht mit einer Staatszielbestimmung verglichen werden können, zumal eine Staatszielbestimmung einen Auftrag an die einfache Gesetzgebung und an die Verwaltung, aber eben nicht subjektive Rechte beinhaltet.

Selbst wenn eine tatsächliche Staatszielbestimmung mit der in diesem Entwurf vorgeschlagenen Textierung in die Bundesverfassung aufgenommen werden würde, könnte sie daher keinen „adäquaten Ersatz“ für subjektive Rechte im Verfassungsrang bieten und eine Aufhebung rechtfertigen. Eine Streichung von Artikel 19 kommt daher nicht in Frage.

Wien, am 18. April 2000

Kroatischer Akademikerklub
Burgenländisch-Kroatischer Kulturverein in Wien
Kroatischer Presseverein

f. d. R. A.
Manfred Csenar